

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1282.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verkaufspreis: 10 Pf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land

Abonnementpreis: 300 Pf. jährlich, 100 Pf. vierteljährlich, 30 Pf. monatlich. Einzelnummer 10 Pf.

Schreibweise: Lateinisch. Druck: 10 bis 11 Uhr. Geschäftszeit: 7 bis 6 Uhr.

Anzeigenpreis: die Zeile 100 Pf. für 10 Tage, 200 Pf. für 20 Tage, 300 Pf. für 30 Tage.

Nr. 106

Dresden, Dienstag den 8. Mai 1923

34. Jahrg.

Den Meinungs austausch weiterführen!

Die Antwortnote der französisch-belgischen Regierung auf das deutsche Reparationsangebot muß nun von den zur Verantwortung verpflichteten Stellen in dem Sinne geprüft werden, wie sich auf ihr die Fortführung des Meinungs austausches am wirkungsvollsten ermöglichen läßt. Welche Vorschläge hier der Regierung Euro erwidern, haben wir gestern in aller Schärfe hervorgehoben. Nicht nur die sozialdemokratische Presse ist sich einig, daß die Fehler des ersten Angebots jetzt durch einen zweiten Schritt getilgt werden müssen, auch in den Mätern des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei wird Kritik laut und Verbesserung gewünscht. Nur die deutschnationale Giftpresse erhebt Rachegeheul und droht mit — Gebärden, die „kriegerrisch“ aussehen sollen.

Es muß jetzt gefordert werden, daß der Reichstag zu Wort kommt und daß die Regierung keine Tatsachen schafft, bis auch die Antworten Englands und Italiens vorliegen. Aus Berlin wird uns gemeldet, daß die sozialdemokratische Fraktion bereits am Dienstagabend die neue Lage beraten werde. In maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen werde die französisch-belgische Antwort zur Fortsetzung der Diskussion für geeignet gehalten. — Nachdem festzustehen scheint, daß auch die englische Regierung eine besondere Antwort erteilen wird, ist die Gelegenheit zu einer weiteren deutschen Note — aber einer klaren und vernünftigen — sicherlich günstig und zwingend genug. Neben der englischen Presse betont auch die italienische immer deutlicher, daß die Diskussion fortzuführen sei. Die französischen Regierungsbürokraten haben nun mit aller Stabilität die englischen Vorwürfe abzuwehren, daß Poincaré mit seiner gelobten Antwort die Entente gefährdet, zum mindesten die englischen Staatsmänner brüskiert habe. Die Stimmung ist gereizt, die englische Regierung wird zweifellos in ihrer bevorstehenden Erklärung im Parlament wieder das französische Sonderangebot billigen noch Poincarés sachlichen Standpunkt voll teilen. Es kommt jetzt darauf an, daß das deutsche Vorgehen in richtiger Bahnen kommt, um die Situation zu nutzen.

Aus der deutschen sozialdemokratischen Presse geben wir folgende Meistimmungen wieder:

Der Vorwärts schreibt: Die deutsche Note hat es dem Gegner leider sehr leicht gemacht, Widersprüche in der Frage des passiven Widerstandes festzustellen. Dennoch bleibt die französische Behauptung, daß dieser Widerstand lediglich auf Berliner Anordnungen zurückzuführen sei, unhaltbar. Sein hauptsächlichster Träger ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die in der gegenwärtigen deutschen Regierung nicht vertreten ist und dieser (sogar kritisch) gegenübersteht. Was die Regierung dazu aber — natürlich unbewußt — dagegen getan hat, den Widerstand möglichst erfolgreich zu gestalten, darüber kann einmal bei passender Gelegenheit ausführlich gesprochen werden. So wenig die deutsche Regierung den passiven Widerstand durch ihre Anordnungen herausfordern hat, so wenig ist sie in der Lage, ihn wieder abzuwehren. Der französisch-belgische Einbruch hat in den neudefinierten Gebieten ein solches Chaos geschaffen, daß überhaupt kaum jemand noch von deutscher Seite Garantien für die weitere Entwicklung der Dinge dort übernehmen kann. Aber wenn der französisch-belgische Militarismus aufhören wird, die Bevölkerung zu reizen, zu drangsalieren und ihr jedes mögliche Anrecht anzutun, dann wird auch der Widerstand der Bevölkerung den Einbruchstruppen weniger empfindlich werden. Die Formel: es werde kein deutscher Vorschlag in Erwägung gezogen werden, solange der Widerstand andauere, ist unbestimmt und bedeutungslos. Sollte sie besagen, daß die Verhandlungen erst beginnen sollen, bis sich der letzte Deutsche den Befehlen der widerrechtlichen Gewalttäter willig fügt, so wären Verhandlungen überhaupt niemals möglich. Da aber Verhandlungen notwendig sind, wird ein Weg gefunden werden müssen, um diese Schwierigkeit zu beseitigen. Einen solchen Weg zu finden, wird in der Raumfrage noch viel schwerer sein. Denn hier gibt es zwischen dem Standpunkt der Pariser Regierung und der Rechtsauffassung, die das ganze deutsche Volk vertritt, keine Versöhnung. Herr Poincaré bleibt dabei — und er kann wohl auch nicht anders —, daß er durch den Friedensvertrag zur Festlegung des Ruhrreviers berechtigt sei. Das ganze deutsche Volk aber erhebt in dieser Forderung ein Verbrechen wider das Völkerrecht, ein mitten im Frieden verübtes gewalttätiges Verbrechen, das so rasch wie möglich wieder beseitigt werden muß. Diesen ungewissen Rechtsstandpunkt wird keine deutsche Regierung aufgeben. Eine Lösung ist im Augenblick nicht zu sehen, es wäre denn, daß Deutschland durch rasch geschlossene Anleihen instand gesetzt würde, mehrere Jahresraten auf einmal zu bezahlen, und wenn in Voraussicht dieser gesicherten Zahlung das Ruhrgebiet in einem Zuge geräumt würde. Das aber ist eine Möglichkeit, mit der bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch der kühnste Optimismus nicht rechnen wird. — Zusammenfassend kann man sagen, daß die deutsche Note einen — vielleicht wenig geschickten — Versuch bedeutet, eine Lösung herbeizuführen, während die französisch-belgische Antwort einen geschickten Versuch darstellt, das Problem überhaupt nicht zu lösen zu machen. Folge davon ist, daß die notwendige Diskussion langwieriger und schwerfälliger in Gang kommen wird, als es den Interessen Europas entspricht. Einsteilen ist abzuwarten, in welcher Weise sich das von Poincaré mit gewollter Rücksichtung behandelte England in ihr geltend machen wird.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst führt aus: In der Note fallen die Forderungen auf Verzicht des passiven Widerstandes als Voraussetzung für Verhandlungen und die Erklärung, daß die neudefinierten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen geräumt werden sollen, stark ins Auge. Keine Regierung dürfte sich in Deutschland dazu berufen, für den Verzicht auf die passive Abwehr einzutreten, solange fremde Truppen sich widerrechtlich an der Ruhr befinden. Die aufmerksam betrachtete Formulierung über den passiven Widerstand kann keineswegs Erleichterung oder nicht zu der Schlussfolgerung berechtigen, daß die Note ein bezweifeltes Verlangen stellt. In der Note heißt es: „Die belgische

und die französische Regierung können keinen deutschen Vorschlag in Berücksichtigung ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt wird.“ Gerade dieser Wortlaut läßt an Unklarheit und Zweideutigkeit nichts zu wünschen übrig, so daß schon hier die erste Möglichkeit zur Festlegung, zur Fortsetzung nach Klarheit, vorhanden wäre. Und dann: was heißt „nach Maßgabe“? Auch unter dieser Formulierung kann man sich allerlei vorstellen, auch sie erfordert eine nähere Erläuterung, um die das Reichskabinett erziehen muß. Jedenfalls kann kein Mensch behaupten, daß die Formulierung der beiden genannten Punkte einwandfrei ist und zu der Schlussfolgerung auf Ablehnung vorläufiger Verhandlungen berechtigt, weil man neue Demütigungen zumute. — Der Hauptfehler des deutschen Angebots lag in dem Mangel an Garantien. Die Regierung muß deshalb auch über das Versäumnis nachdenken und in einer neuen Note Klarheit darüber schaffen, welcher Art die geforderten Verpflichtungen der Wirtschaft für die Garantieleistungen sein sollen und welche anderen Garantien sie zu leisten beabsichtigt. Das gleiche gilt für die Sicherheitsgarantien gegenüber Frankreich und Belgien. In der kommenden deutschen Note wird man trotz den deutschnationalen auf den Fall Bezug nehmen müssen, den man damals aus Freundschaft zur bayerischen Regierung fallen ließ.

England sendet eine Sondernote

London, 7. Mai. In einer Kabinettsitzung wurde die deutsche Note, die französisch-belgische Antwort sowie die Antwort der britischen Regierung erörtert. Nach Reuters wurde die britische Regierung dem Beispiele Frankreichs folgen und eine besondere Note an die deutsche Regierung senden. Diese Note werde klar machen, daß das deutsche Angebot unbedeutend und unzulänglich sei, jedoch nicht in der Art einer glatten Ablehnung abgelehnt sein, sondern bescheiden, die Wiedereröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zur Regelung der ausbleibenden unterliegenden Lage möglich zu machen. Die Note werde etwa Mitte der Woche abgefaßt werden. Das deutsche Angebot wird in britischen Kreisen als Ausgangspunkt für Verhandlungen, jedoch nicht als Verhandlungsbasis angesehen. Die italienische Ansicht ist, wie angenommen wird, die gleiche. Nach britischer Ansicht bedeutet die französische Antwortnote an Deutschland kein „Aufschlagen der Tür“. Es wird von britischer Seite der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland die Antwortnotizen Englands und Italiens abwarten und dann den Alliierten ein abgeändertes Angebot unterbreiten werde.

Verstärkter Druck im Westen

Der französische Kriegsminister Rainot hat in einer Rede erklärt, der Druck im Ruhrgebiet werde nicht nachlassen, die Umklammerung nach verstärkt werden. Das geschieht bereits durch neue Massenaufweisungen und andere Gewaltmaßnahmen. Die Redaktionen sprechen für sich.

Paris, 7. Mai. Die Franzosen haben im benachbarten Eyrang 50 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien aus ihren Wohnungen vertrieben, ohne ihnen Zeit zu lassen, ihre Habe mitzunehmen.

Frankfurt a. M., 7. Mai. Im Bezirk Mainz wurden am 5. Mai 91 Eisenbahnbedienstete und am 6. Mai 20 Eisenbahnbedienstete ausgewiesen. Außerdem wurden noch zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Krupp-Prozess

Berlin, 7. Mai. Der dritte Verhandlungstag brachte weitere Zeugenvernehmungen.

Der Zeuge, Photograph Wegmann, hat die Vorgänge vor der Autogarage beobachtet und bekundet, daß die Soldaten schon aus dem Torweg heraus sichtbar in die Menge hineingekommen haben, und daß gleich beim ersten Schuß ein Knabe vom Dach heruntergestoßen worden sei.

Der Dolmetscher Zimmermann hat die Lokomotive auf dem Schmalzburgerleis hinter der Autogarage gesehen. Er konnte an diesem Tage nicht mehr sehen, weil sich dort eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Er bestreite aber, daß es keine besondere Absicht von ihm war, gerade an dieser Stelle zu halten.

Der Leiter der Arbeiterannahme, Meurer, bezeugt, daß niemals ein Mitglied der Schupo in die Arbeiterkassen eingedrungen ist. Die politische Stimmung der Arbeiter habe bei der Einstellung keine Rolle gespielt.

Der Leiter der graphischen Anstalt, Krang, hat in seinem Betriebe politische Flugblätter niemals zum Druck gegeben. Nur in der Zeit, in der in Offen fast alle Zeitungen verboten waren, wurde ein zum öffentlichen Anschlag bestimmtes Nachrichtenblatt vervielfältigt, das eine Nachrichtenzusammenstellung aufwies.

Von besonderem Interesse sind die Aussagen des Zeugen Michels, der während der ganzen Vernehmung mit den französischen Truppen in der Autogarage gewirkt hat.

Der Offizier habe die ganze Anstimmung durchaus nicht ernst aufgefaßt und über die aus Krupp zusammenströmenden Leute bestirnt gelacht.

Als die Sirenen zu heulen anfingen, ließ der Offizier das Maschinengewehr schußfertig machen. Michels machte den Vorschlag, die schwere Tür der Autogarage von innen zu schließen. Dann hätte unter keinen Umständen jemand in die Halle eintreten können. Der Offizier war zuerst mit dem Schließen der Tür einverstanden, ließ sie jedoch dann wieder öffnen. Die Hintertür dagegen wurde von Michels abgeriegelt.

Krupp von Bohlen und Dalbach bezeugt, daß er in Berlin gebeten wurde, nicht nach Essen zu gehen, weil seine Verhaftung bevorstehe. Er habe erklärt, daß er nach Essen gehen würde, um zusammen mit seinen Direktoren Zeugnis abzulegen und nicht durch seine Abwesenheit den Einbruch zu erleiden, als ob er selbst der Meinung gewesen sei, daß die Herren schuldig seien. Er wolle auch nicht den Einbruch erleiden, als ob er selbst ein schlechtes Gewissen hätte.

Krefeld, 7. Mai. Die in Krefeld-Lippum von der Ausbreitung betroffenen 181 Eisenbahnerfamilien sind in Wohnungen untergebracht worden. Das Liebernachtsgebäude in Dohlenbühl, in dem zur Zeit 50 ledige Eisenbahner und 10 Familien wohnen, war bis Sonnabend 10 Uhr zu räumen. Konsumverein und Kantinenleiter müssen ebenfalls, und zwar bis morgen vormittag, räumen. Diese Nacht durfte niemand mehr im Liebernachtsgebäude schlafen. — In Alfthorfen gehen zur Zeit Wasseraufweisungen von Eisenbahnerfamilien vor sich, von denen 600 bis 700 Personen betroffen sein dürften.

Köln, 7. Mai. Die Franzosen fordern, daß der Wald beiderseits der Straße Zinkerath-Coll auf 40 Meter abgeholt werden soll.

Wie der Militarismus Straßenraub „bestraft“

Düsseldorf, 7. Mai. Der französische Kommandant von Dorf-Emscher hat dem Amtmann der Gemeinde mitgeteilt, daß er auf dessen Anzeige zwei französische Soldaten, die in betrunkenem Zustand nacheinander drei Arbeiter und drei katholische Geistliche unter Bedrohung mit dem Revolver beraubt hätten, mit — 15 Tagen Gefängnis bestraft habe.

Die Münchner Anarchie

München, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalsozialisten haben jetzt besondere Fangabteilungen gebildet, um einzelne Sozialdemokraten zu überfallen. Die Münchner Sozialdemokratie wird ihre Abwehrhaltung nicht ablegen, ehe nicht die Regierung bis zur Klärung des Landtages ausreichende Sicherheitsmaßnahmen dafür geboten hat, daß sie die Anarchie in München ernstlich beseitigen will.

In der fortgesetzten Debatte im Haushaltsausschuß des Landtages gab Minister Schweder entzündend bekannt, daß der Rührer Oberbürgermeister für den 1. Mai „militärische Hilfe von Berlin in Anspruch genommen“ habe, ohne daß die Regierung etwas davon wußte. Der Minister hielt dies für ein Verbrechen, das besonders registriert werden müsse und gegen das er mit Entschiedenheit protestierte. Er wolle dadurch nur die Standalösen Vorgänge in Nürnberg abschwächen, wo die Nationalsozialisten jeden Sonntag Schießübungen auf den Schießplätzen der Reichswehr abhalten. Darüber, woher die schweren Waffen der Reichswehr in Nürnberg und München stammen, wolle er keine Auskunft geben. Abg. Kuer teilte noch mit, daß am 1. Mai je ein Geschütz mit 100 Schüssen versehen, auf die „Münchner Post“ und des Gewerkschaftsbaus eingestellt waren.

Gegenüber den Feststellungen des Innenministers erklärt der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ruppe u. a. folgendes:

„Ich habe am Morgen des 1. Mai die Reichsangelegenheiten der bayerischen Gesandten in Berlin darüber informiert, daß in der Nacht die nationalsozialistischen Stütztruppen aus dem ganzen Lande nach München gefahren seien und bei ihnen die Wertsache bestelle, die Regierung in München zu stützen; wenn dies glücke, solle am nächsten Tage Nürnberg in Besitz genommen werden. Ich habe der Reichsregierung mitgeteilt, daß ich im Falle eines Sturzes der bayerischen Regierung und eines Vorgehens gegen Nürnberg es für nötig halte, daß Reichswehr nach Nürnberg komme. Es ist also lächerlich, daß ich Reichswehr angefordert hätte; ich habe lediglich mitgeteilt, welche Maßnahmen ich für nötig halte, falls die bayerische Regierung wirklich gestürzt werden sollte und nicht mehr in der Lage wäre, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“

Der Arbeiter Dombrowski, der an der Demonstration teilgenommen hat und auf dessen Schultern Müller die Ansprache an die Menge gehalten hat, sagt aus, daß Müller ganz kurz vor dem Ergebnis seiner Unterredung mit dem Offizier habe Mitteilung machen können. Seine Ansprache hätte er nicht beenden können, weil die Franzosen mit dem Revolver begannen. Der Zeuge erhielt einen Schuß in den linken Oberarm und stürzte. Er hat nicht davon gehört, daß Müller die Menge aufgereizt oder zur Ummantelung der Garage aufgefordert habe.

Damit ist die Zeugenvernehmung beendet.

Die Angeklagten erklären, daß sie zu den bisherigen Aussagen nichts zu äußern hätten, nur Müller spricht den Wunsch aus, einen Zeugen, der während der Demonstration ganz in seiner Nähe gewesen sei, vernommen zu sehen. Trotz dem Widerspruch des Staatsanwalts entscheidet der Präsident für die Anhörung des Zeugen, eines Arbeiters, namens Wegmann. Er betont, daß Müller in jeder Beziehung beruhigend auf die Menge eingewirkt habe.

Die Verhandlung wurde auf Dienstag vormittag vertagt.

Schon Montagabend wurden scharfe militärische Absperrungen in der Nähe des Verhandlungsgebäudes vorgenommen. Der Weg zur inneren Stadt wurde ganz gesperrt. Die von allen Seiten herbeiströmende Menge wurde gestreut, um jede Kundgebung für die Angeklagten unmöglich zu machen.

Der Strafantrag

Berlin, 8. Mai. (R. L. B.) Im Krupp-Prozess beantragte der Staatsanwalt, kurz vor 10 Uhr, Krupp und seine Direktoren eines Komplottes gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen schuldig zu sprechen. Er beantragte gegen Krupp von Bohlen 15 Jahre Gefängnis und 50 Millionen Mark Strafe, gegen die Direktoren Druk, Hartwig, Desterle, Hart, Schäfer, Kuntz und Schettler je 10 Jahre Gefängnis und 10 Millionen Mark Strafe gegen den nicht erschienenen Direktor Groß 20 Jahre Gefängnis. Die Vernehmung der Strafe gegen Müller überließ dem Gerichtshof.